

**TOP 1 -
Aktuelle Stunde**

**Antrag
der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
"Menschen beim Energiesparen unterstützen und Stromtarife schnell
einführen"
Drs. 14/7388**

**Rede des
Abgeordneten der
SPD-Landtagsfraktion
Uwe Leuchtenberg**

**anlässlich
der 97. Plenarsitzung am 27. August 2008**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

es ist gut, dass die Energiepolitik auch an den Plenartagen heute und morgen breit diskutiert wird.

Die Fraktion der Grünen hatte vorgeschlagen, in einer Aktuellen Stunde Sozialtarife zu diskutieren

und im Landtag zu beraten, wie den Menschen in Nordrhein-Westfalen bei stark steigenden Energiepreisen geholfen werden kann.

Ich bin den Kollegen von den Grünen dankbar, dass sie auf uns zu gekommen sind, um diese Aktuelle Stunde gemeinsam zu beantragen,

dies zeigt, dass es in der Diskussion

um Energiepreise,

um eine langfristig sichere Energieversorgung und

um die unabwiesbaren Notwendigkeiten einer aktiven Klimaschutzpolitik eine gemeinsames Grundverständnis beider Fraktionen gibt.

Eine Diskussion um Sozialtarife werden wir nur sinnvoll führen können, wenn wir uns die Lage auf den Weltenergiemärkten klarmachen.

Die weltweiten Ölvorräte gehen zur Neige, auch wenn einige von ihnen dies trotz besseren Wissens leugnen.

Die Zeiten billigen Öls sind vorbei.

Schon deshalb müssen wir uns auf langfristig hohe Preise einstellen.

Schon deshalb ist es aus Vorsorgegründen klug, sich auf die heimischen Energiequellen zu konzentrieren.

Unsere heimischen Energien sind nicht Öl, Gas und Importkohle.

Und ich füge hinzu: Es ist auch nicht Uran,

das zu 100 Prozent importiert werden muss, um damit Atomkraftwerke in anderen Bundesländern zu betreiben.

Unsere heimischen Energien sind Kohle und die erneuerbaren Energien.

Bei der Entwicklung der Energiepreise stellen wir folgendes fest:

- Wir werden uns auf langfristig hohe Energiepreise einstellen müssen.
- Der Markt alleine ist nicht in der Lage, angemessene Preise für die Verbraucher zu garantieren. Der Wettbewerb funktioniert nicht ausreichend. Dies zeigen uns die explodierenden Gewinne besonders der vier großen Energieunternehmen.
- Im Ergebnis bedeutet dies: Privat vor Staat ist keine Lösung für die drängenden Fragen des Klimaschutzes, der zur Neige gehenden Ressourcen und der steigenden Energiepreise.

Anrede,

in der Enquetekommission, die sich in den vergangenen zwei Jahren um stark steigende Öl- und Gaspreise gekümmert hat, haben wir klar festgestellt, dass steigende Energiepreise besonders Familien und Rentnerhaushalte trifft.

Zunehmend sind dies nicht nur Haushalte mit geringen Einkommen, sondern auch Haushalte, die in ganz normalen Einkommensverhältnissen leben.

Die Debatte um die Einführung von Sozialtarifen ist vielfältig. Es werden die verschiedensten Tarifmodelle diskutiert.

Diese Debatte werden wir führen müssen, um die erforderliche Entlastung für diejenigen zu erreichen, die Strom und Heizung nicht mehr bezahlen können und um zu einer Entlastung für diejenigen zu kommen, die durch die steigenden Preise nicht mehr in der Lage sind andere dringend notwendige Dinge zu finanzieren, zum Beispiel Bildung für ihre Kinder.

Es ist gut, dass inzwischen zumindest einige in der Union anerkennen, dass es hier Handlungsbedarf gibt und der Markt es alleine nicht regelt.

Eins sollte bei allen Überlegungen meines Erachtens klar sein:

Wir werden nicht langfristig erfolgreich sein, wenn wir versuchen einen unverändert hohen Energieverbrauch durch Transferleistungen tragbar zu machen.

Es kommt vielmehr im ersten Schritt entscheidend darauf an, den Energieverbrauch selber zu senken.

Hier liegen die Potenziale, viel Geld zu sparen.

Ein energieeffizienter Kühlschrank, eine sparsame Waschmaschine oder der Austausch einer Energie fressenden Stromheizung können zwei Drittel des Stromverbrauches einsparen.

und Investitionen in Gebäudesanierung können die Heizkosten halbieren, dies ist gerade im Mietwohnungsbau und hier gerade im Altbestand eine mehr als dringende Notwendigkeit.

Hiermit erreichen wir ganz andere Größenordnungen als mit Zuschüssen, die einen hohen Energieverbrauch für die Menschen vorübergehend erträglicher machen.

Auch das Geschwätz von Steuersenkungen führt nicht zum Ziel, die zusätzlichen Gewinne kommen nicht beim Bürger an sondern landen bei den Konzernen, wie ich es ihnen am Beispiel des Diesels in der letzten Plenarsitzung bereits erklärt habe.

Das der Ersatz von stromfressenden Haushaltsgeräten durch Gewährung von Zuschüssen funktionieren kann, haben uns vor wenigen Jahren noch Städte und vor allem Stadtwerke gezeigt.

Seitens vieler Stadtwerke wurden Programme mit dem Ziel aufgelegt, die Kundenbindung zu vergrößern. Die Stadtwerke haben ihren Kunden Zuschüsse zum Erwerb eines neuen Kühlschranks oder einer Waschmaschine gezahlt.

Dies konnten die Stadtwerke zu Zeiten der Gebietsmonopole tun. Dies können sie heute unter den Bedingungen der liberalisierten Strommärkte so nicht mehr leisten. Es ist ausgeschlossen, heute einen Zuschuss für einen Kühlschrank zu zahlen, wenn dieser Kühlschrank morgen mit gelbem Strom betrieben wird.

Hier müssen wir helfen.

Deshalb ist klar:

Wir sehen, dass viele Menschen aufgrund ihrer finanziellen Verhältnisse nicht in der Lage sind, Energiefresser durch energiesparende Geräte der höchsten Effizienz auszutauschen, oder ihre Gebäude energetisch zu sanieren.

Wir brauchen deshalb heute Fördermöglichkeiten, damit die Effizienzrevolution auch in den Wohnungen derjenigen ankommen kann, die besonders unter stark steigenden Energiepreisen leiden.

Hier sehen wir Handlungsbedarf.

Deswegen setzen wir verstärkt darauf, die Menschen bei stark steigenden Energiepreisen beim Energiesparen auch finanziell zu unterstützen. Zuschüsse für energieeffiziente Kühlschränke, Waschmaschinen helfen langfristig am Besten gegen steigende Energiepreise. Hierbei ist die soziale Marktwirtschaft gefordert.

Die freien Kräfte des Marktes alleine werden dieses nicht lösen können.